



# Zwei Jahre Regierung Meloni

**Ob das spektakulärste Projekt der postfaschistischen Regierungschefin, die Verschiffung von Asylwerbern nach Albanien, scheitert, steht noch nicht fest. Aber in den vergangenen zwei Jahren wurden eine Reihe anderer gesetzlicher Regelungen auf den Weg gebracht. Diese gefährden das Leben von Schutzsuchenden im Mittelmeer und unterwerfen Aufenthaltsrecht und Asylverfahren in einer rigiden Abschreckungsdoktrin. Von Gaia Pasquazzo**

**A**m 25. September 2022 stimmte eine klare Mehrheit der italienischen Wähler, nämlich 44 %, für die Parteien *Fratelli d'Italia*, *Lega Salvini Premier* und *Forza Italia*, die seither eine Regierungskoalition bilden. *Fratelli d'Italia*, eine rechtsextreme Partei unter der Führung von Giorgia Meloni, erhielt mit 26 % der Sitze die größte Zustimmung.

Dieses Ergebnis ermöglichte es Meloni, das Amt der Ministerpräsidentin zu übernehmen, und die italienische

Migrationspolitik auf einen ultrakonservativen Kurs zu bringen.

Von Anfang an zeichneten sich Giorgia Meloni und ihre Partei durch eine stark einwanderungsfeindliche Haltung aus. Die Migrationsströme nach Italien stellte sie in alarmistischen Tönen als eine echte „Invasion“ und eine „Bedrohung“ für die Sicherheit und das Wohlergehen des Landes dar.

Diese Rhetorik prägte einen Großteil der Wahlkampagne der *Fratelli d'Italia*, in deren Mittelpunkt die Botschaft stand,

Von Anfang an zeichneten sich Giorgia Meloni und ihre Partei durch eine stark einwanderungsfeindliche Haltung aus.



Es wurde die Verpflichtung eingeführt, nach der Rettung sofort in den zugewiesenen Hafen zu fahren, ohne den Kurs zu ändern, um in anderen Notfällen einzugreifen.

dass Migrant:innen für die wirtschaftlichen und sozialen Krisen verantwortlich sind, mit denen Italien in den letzten Jahren zu kämpfen hatte. Diese Botschaft emotionalisierte und schaffte es, die Wähler:innen-schaft für sich zu gewinnen, indem sie, wie man in Italien sagt, „den Bauch“ der Bevölkerung ansprach.

Während des Wahlkampfs und in der Zeit bis zum 25. September 2022 versprach Giorgia Meloni radikale Maßnahmen zur Bewältigung des Migrationsphänomens, darunter die vollständige Abschaffung der Anlandung „illegaler“ Migranten auf dem Meer durch die Umsetzung der umstrittenen „totalen Seesperre“. Zwei Jahre nach den Wahlen und der Ernennung Melonis zur Ministerpräsidentin gehe ich der Frage nach, was diese rechts-extreme Regierung von ihren Versprechen tatsächlich umgesetzt hat.

### **Seenotrettung im Visier**

Die Regierung hat das Thema Migration in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gestellt,

sie hat viel Zeit und Ressourcen für die Erarbeitung von Verordnungen und die Änderung von Gesetzen zu diesem Thema verwendet. Wie erwartet, wurde das Versprechen der „Seesperre“ nicht eingelöst, da es nicht umsetzbar ist und gegen die italienische Verfassung verstößt. Die Regierung hat daher auf eine Strategie der Abschreckung zurückgegriffen, die darauf abzielt, die Migration durch Abkommen mit Drittstaaten, neue Vorschriften für die Seenotrettung und ein restriktives Aufnahme- und Asylsystem zu erschweren und die Risiken zu erhöhen.

Im Einklang mit dieser Strategie erließ die Regierung 2023 zwei wichtige Dekrete, die später vom Parlament in Gesetze umgewandelt wurden. Das erste dieser Dekrete, das nach dem Innenminister benannte Piantadosi-Dekret, das am 24. Februar 2023 Gesetzesrang erhielt, umfasst Vorschriften für Schiffe von NGOs, die an Such- und Rettungsaktionen im Mittelmeer beteiligt sind. Insbesondere werden Kooperations- und Informationspflichten ein-

geführt, vor allem aber die Verpflichtung, nach der Rettung sofort in den zugewiesenen Hafen zu fahren, ohne den Kurs zu ändern, um in anderen Notfällen einzugreifen. Die Nichteinhaltung dieser Bestimmungen führt zu Sanktionen, der Festsetzung des Schiffes für zwei Monate und im Wiederholungsfall zur Beschlagnahme des Schiffes. Diese Vorschriften haben äußerst schwerwiegende Folgen: Rettungsschiffe wären gezwungen, Boote in Seenot zu ignorieren, während gleichzeitig die verschärften Strafen und die verwaltungsrechtliche Festsetzung dazu beitragen, das Vakuum bei den Seenotrettungsdiensten zu vergrößern. Dieses Szenario führt zu noch mehr Opfern auf der ohnehin schon gefährlichsten und tödlichsten Migrationsroute. Seit Inkrafttreten der Richtlinie gab es 300 Tage ohne Such- und Rettungsschiffen (SAR) auf See, 300 Tage, an denen Menschen nicht gerettet wurden und ihr Leben riskierten oder verloren. Im Jahr 2023 gab es 2.526 Opfer bei der Überfahrt über das Mittelmeer, und in der ersten Hälfte des Jahres 2024 verloren 1.047 Menschen ihr Leben. Wie viele wären von NGO-Schiffen gerettet worden, die nicht in irgendeinem Hafen festgesetzt wären?

### **Schwierigere Regularisierung**

Das zweite in dieser Legislaturperiode verabschiedete Dekret, das sogenannte Cutro-Dekret, wurde in aller Eile nach dem Schiffunglück bei Cutro erlassen, bei dem 94 Menschen, Erwachsene und Kinder, ums Leben kamen und viele noch vermisst werden. Das Dekret sieht erhebliche Kürzungen bei den Leistungen für Schutzsuchende vor, die die medizinische Versorgung, sprachlich-kulturelle Vermittlung und psychologische Betreuung beschränken, Sprachkurse sowie Angebote zur rechtlichen und sozialen Orientierung ab-

schaffen. Darüber hinaus wird auch die Gewährung von humanitärem Schutz erschwert. Humanitärer Schutz wird in Fällen gewährt, in denen Asylwerber:innen weder der Flüchtlingsstatus noch ein subsidiärer Schutz zuerkannt werden kann, sie aber

## Das Cutro-Dekret sieht erhebliche Kürzungen bei den Leistungen für Schutzsuchende vor.

bestimmte Kriterien erfüllen, aufgrund derer sie nicht ausgewiesen werden dürfen. Dazu gehören die Berücksichtigung von familiären Bindungen und ein hoher Grad sozialer Integration. Nun wurde die Möglichkeit, humanitären Schutz aus Gründen der Achtung des Privat- und Familienlebens zu erhalten, abgeschafft. Menschen, die ein Alltagsleben aufgebaut und Bindungen geknüpft haben, wird so die Möglichkeit genommen, legal mit einer Aufenthaltserlaubnis in einem Land zu bleiben. Ein Blick auf die Daten von *Eurostat* zeigt, wie viele Menschen durch dieses Dekret dem Risiko der Illegalisierung ausgesetzt sind: Im Jahr 2023 beantragten 46.070 Personen internationalen Schutz in Italien, von denen 10.485 humanitären Schutz erhielten.

### **Neu: „sichere“ Herkunftsländer**

Eine der umstrittensten Maßnahmen der Regierung ist die Aktualisierung der Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“. Diese Liste umfasst Nicht-EU-Länder, in denen es nach Ansicht der Behörden keine Verfolgung, Folter oder andere Formen unmenschlicher, erniedrigender oder lebensbedrohender Strafen oder Behand-

All diese Maßnahmen sind nicht nur theoretischer Natur, sondern wirken sich direkt auf Menschen aus.



lungen gibt. Obwohl die Bürger:innen dieser Länder nach wie vor das Recht haben, internationalen Schutz zu beantragen, sind die Chancen, dass einem solchen Antrag stattgegeben wird, drastisch gesunken.

Eines der Hauptmerkmale dieser Liste liegt in ihrer Willkürlichkeit: Die aufgeführten Länder können nicht immer als tatsächlich „sicher“ bezeichnet werden. Dies wird besonders bei der Aktualisierung vom Mai 2024 deutlich, als das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit Länder wie Bangladesch, Ägypten, Peru, Kamerun und Kolumbien hinzufügte. Es überrascht nicht, dass im Jahr 2023 die meisten Anträge auf internationalen Schutz von Staatsangehörigen Bangladeschs gestellt wurden, und alle oben genannten Staaten sich unter den 25 häufigsten Herkunftsländern von Antragsteller:innen finden.

Die unmittelbare Folge dieser Entscheidung ist ein Rückgang der Wahrscheinlichkeit, dass Antragsteller aus diesen Ländern Schutz erhalten, unabhängig von ihren persönlichen Erfahrungen oder den tatsächlichen Risiken, denen sie ausgesetzt sind. Darüber hinaus ist die Entscheidung, bestimmte Staaten auf die Liste zu setzen, zweifellos von politischen Interessen geleitet, die Zahl der Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz zu verringern, und nicht von einer objektiven Bewertung der Bedingungen in den Herkunftsländern. Bürger aus sicheren Herkunftsländern, denen kein internationaler Schutz gewährt wird, halten sich irregulär im italienischen Hoheitsgebiet auf oder sind in Rückführungszentren eingesperrt.

Jüngeren Datums, aber noch nicht offiziell in Kraft, ist das von der Abgeordnetenkammer am 18. September 2024 verab-

schiedete Gesetz „Sicurezza“ (Sicherheit), das neue Straftatbestände einführt und härtere Strafen vorsieht. Insbesondere sieht der Gesetzentwurf harte Strafen für Unruhen, einschließlich passiven Widerstands, in Verwaltungshaftanstalten vor, Anstalten, in denen die Lebens- und Sanitärbedingungen sehr schlecht sind. Eine weitere Maßnahme des „Sicherheits“-Gesetzentwurfs besteht darin, den Verkauf von SIM-Telefonkarten an Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung zu verbieten.

Neben diesen Dekreten, die für Unsicherheit auf See und Irregularität auf italienischem Staatsgebiet sorgen, hat sich die Regierung zu zwei weiteren Maßnahmen verpflichtet, die sicherlich in ganz Europa viel bekannter sind und diskutiert werden, nämlich dem Mattei-Plan, einem Plan für die Entwicklungszusammenarbeit in Afrika, und dem berühmten Italien-Albanien-Pakt, einer echten Maßnahme zur Auslagerung des Asylsystems an einen Drittstaat. Die Extraterritorialisierung der Migrationssteuerung ist keine neue Maßnahme für die italienischen Behörden, die Verträge schließen und Mittel bereitstellen, um den Behörden von Drittstaaten, die oft unverhohlen gewalttätig sind, zu ermöglichen Menschen davon abzuhalten, nach Italien zu kommen.

### **Konkrete Auswirkungen**

All diese Maßnahmen sind nicht nur theoretischer Natur, sondern wirken sich direkt auf Menschen aus. Um besser zu verstehen, wie die Politik das konkrete Leben der Migrant:innen in Italien verändert hat, ist es notwendig, mit denjenigen in Kontakt zu treten, die an ihrer Seite arbeiten. Aus diesem Grund haben wir uns an das *Centro Astalli Roma* und an *Atas Onlus* in Trient gewandt. Das *Centro Astalli* ist der italienische Zweig des *Jesuiten-Flüchtlings-*

*dienstes (JRS)*, einer internationalen Organisation mit dem Ziel, Flüchtlinge, Asylwerber:innen und alle Menschen, die gezwungen sind, aus ihrem Land zu fliehen, zu begleiten, sie zu unterstützen und ihre Rechte zu verteidigen. Das *Centro Astalli* in Rom bietet verschiedene Dienstleistungen an, darunter auch Rechtsberatung. *ATAS Onlus (Associazione Trentina Accoglienza Stranieri)* ist eine gemeinnützige Organisation, die in der Region Trentino tätig ist. *Atas Onlus* verwaltet Aufnahmeeinrichtungen und bietet Dienstleistungen wie Sprachkurse und rechtliche, berufliche und regionale Orientierung an.

Wir haben sie gefragt, welche Maßnahmen sich am stärksten auf ihre Arbeit und das Leben von Migranten auswirken und wie. Beide betonten, dass das Cutro-Dekret, das den humanitären Schutz herabsetzt, sehr kritisch zu sehen ist. *Atas Onlus* erklärt, dass dies große Auswirkungen auf Menschen hat, die sich bereits im Land aufhalten und im Besitz eines Aufenthaltstitels für humanitären Schutz sind, da dieser Titel nur noch für ein Jahr verlängert werden kann und dann in einen ande-

## Die Extraterritorialisierung der Migrationssteuerung ist keine neue Maßnahme für die italienischen Behörden.

ren Titel umgewandelt werden muss. Dies hat die Menschen, mit denen *Atas Onlus* zu tun hat, stark verunsichert und zudem einen Ansturm auf die Umwandlung des Aufenthaltstitels ausgelöst, was erst möglich wird, wenn man einen Arbeitsvertrag hat. Das *Centro Astalli* Rom weist ebenfalls

auf die äußerst negativen Folgen des Cutro-Dekrets hin und berichtet über einen deutlichen Wandel der Vergabep Praxis, die sich in der Ablehnung in Fällen manifestiert, die vor dem Dekret mit Sicherheit zu einem humanitären Aufenthalt geführt hätten.

In Trient ist die Situation auch auf-

## Vorgebliches Ziel der Regierung ist der Erhalt der öffentlichen Sicherheit.

grund der Ausdünnung der Aufnahmeeinrichtungen kritisch, da die kleineren Einrichtungen, die über die gesamte Provinz verstreut waren, geschlossen wurden und nur einige große Einrichtungen übrig geblieben sind, was die Lebensqualität der untergebrachten Personen erheblich beeinträchtigt. Darüber hinaus, so erklärt *Atas Onlus*, erlaubt das Cutro-Dekret nicht, Bewohner:innen mit gewalttätigem Verhalten von der Aufnahme auszuschließen und aus der Einrichtung zu entfernen. Das erhöht die Spannungen, die sich insbesondere in einer Einrichtung in Trient immer häufiger in Schlägereien und Gewalttaten entladen.

Die Regierung Meloni hat ihren extrem repressiven Ansatz gegenüber der Migration unverändert beibehalten und in diesen zwei Jahren versucht, die Seenetzung, die Aufnahme und Integration sowie das System des internationalen und humanitären Schutzes zu stören und zu erschweren. Vorgebliches Ziel der Regierung ist der Erhalt der öffentlichen Sicherheit, aber die ergriffenen Maßnahmen führen zu Situationen extremer Unsicherheit,

Irregularität und Ungewissheit. In den letzten zwei Jahren sind zahlreiche Menschen auf dem großen Friedhof des Mittelmeers ums Leben gekommen, anderen wurde der legale Aufenthalt auf italienischem Staatsgebiet verweigert, obwohl sich ihr Leben und ihre Familien nun in Italien befinden; wieder andere wurden von der italienischen Küstenwache aus dem Meer gerettet und gegen ihren Willen nach Albanien gebracht. Das Streben der *Fratelli d'Italia* nach Sicherheit vor einer nicht existierenden Bedrohung führt zu Menschenrechtsverletzungen und einem völligen Mangel an Menschlichkeit.

Glücklicherweise gibt es in Italien zivilgesellschaftliche Einrichtungen wie *Centro Astalli* Roma und *Atas Onlus* und viele andere, die kämpfen und die ständigen Veränderungen nicht passiv hinnehmen, sondern sich vermehrt bemühen, den Menschen, die in Italien ein Leben in Sicherheit und Frieden zu finden hoffen, bessere Unterstützung, Orientierung und Beratung anzubieten.

Gaia Pasquazzo ist Studentin der Universität di Trento, Masterstudium in Migrationsrecht, die eine dreimonatige Praktikum bei der *asylkoordination* absolviert hat.